VI. Nachtrag zum Ergänzungsleistungsgesetz

Erlassen am 30. November 2011

Der Kantonsrat des Kantons St.Gallen

hat von der Botschaft der Regierung vom 31. Mai 2011¹ Kenntnis genommen und

erlässt

als Gesetz:

I.

Das Ergänzungsleistungsgesetz vom 22. September 1991² wird wie folgt geändert:

b) besondere Fälle

Art. 3. An persönliche Auslagen werden als Jahrespauschale angerechnet:

- a) **bei Personen in Betagten- oder Pflegeheimen ohne Pflegebedarf oder bei einem Pflegebedarf bis 80 Minuten je Tag sowie bei Personen in Invalidenwohnheimen 40 Prozent des Mindestbetrages der vollen Altersrente nach Art. 34 Abs. 5 des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung;³**
- b) **bei Personen in Betagten- oder Pflegeheimen bei einem Pflegebedarf ab 80 Minuten je Tag sowie bei Patienten von Spitälern 30 Prozent des Mindestbetrages der vollen Altersrente nach Art. 34 Abs. 5 des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung.⁴**

Für in Heimen oder Spitälern lebende Personen beträgt der anrechenbare Vermögensverzehr:

- 1. einen Fünftel, wenn sie eine Altersrente beziehen;**
- 2. einen Zehntel, wenn sie eine Invalidenrente beziehen.**

b) Grundsatz

Art. 5. Der Bezüger ordentlicher Ergänzungsleistungen hat Anspruch auf ausserordentliche Ergänzungsleistungen, wenn:

- a) die um die ordentlichen Ergänzungsleistungen erhöhten Einnahmen die Ausgaben nicht decken;
- b) das Reinvermögen **die Hälfte** der Grenze für die Anrechnung eines Vermögensverzehrs nach Bundesgesetzgebung nicht erreicht. Der bundesrechtlich festgelegte Freibetrag für selbstbewohnte Liegenschaften wird nicht angerechnet.

¹ ABI 2011, 1614 ff.

² sGS 351.5.

³ SR 831.10.

⁴ SR 831.10.

II.

Die Regierung bestimmt den Vollzugsbeginn dieses Erlasses.

Der Präsident des Kantonsrates
Karl Güntzel

Der Staatssekretär
Canisius Braun